

TAGUNG

Nationale Diskurse zur Europawahl 2009

Frédéric Krumbein*

Ein gemeinsamer Rahmen zur Analyse der Diskurse in den Europawahlkämpfen 2009

Robert Harmsen führte in die Tagung ein, die sich mit nationalen Europadebatten zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 beschäftigte. Der Begriff der nationalen Europadebatte wurde folgendermaßen von Harmsen definiert: eine strukturierte Debatte über den Platz einer Nation innerhalb der Europäischen Union und über das Verhältnis des Landes zum Prozess der europäischen Integration. Die Leitfragen der Tagung lauteten: 1. Wann und unter welchen Bedingungen entstehen europäische Themen während der Wahlen zum Europäischen Parlament? 2. Welchen Einfluss hat der Charakter der Europawahlen als „zweitklassige Wahlen“ auf den kompetitiven Charakter dieser Wahlen im Vergleich zu „erstklassigen, das heißt wichtigeren, Wahlen“? 3. Auf welche Art und Weise werden Wahlen zum Europäischen Parlament durch gleichzeitig stattfindende nationale Wahlen beeinflusst?

Ein Schwerpunkt der Tagung lag auf dem Euroskeptizismus und dem Erfolg dieser politischen Strömung in den Debatten vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009. Bei den euroskeptischen politischen Parteien ließen sich zwei Arten von Parteien unterscheiden: nationale Protestparteien der extremen Linken oder Rechten und europaweit organisierte euroskeptische Parteien. In den Ländern mit starken euroskeptischen Stimmungen werden europäische Themen in der politischen Debatte stärker diskutiert als in Staaten mit einer pro-europäisch orientierten öffentlichen Meinung.

National European Debates and the 2009 European Parliament Elections – Lessons Learned for the Future

Mit Unterstützung der Europäischen Kommission
Nonnweiler-Otzenhausen,
15./16. Oktober 2009

Introduction: A comparative framework for the analysis of European discourses in European election campaigns

Robert HARMSEN, Université du Luxembourg

European discourses in the founding member states I

The Netherlands
Hans VOLLAARD, University of Leiden

Luxembourg
Patrick DUMONT, Université du Luxembourg

France
Olivier ROZENBERG, Sciences Po, Paris

European discourses in the founding member states II

Italy
Vincent DELLA SALA, University of Trento

Germany
Joachim SCHILD, University of Trier

European discourses in Northern and Southern accession states

Finland
Tapiro RAUNIO, University of Tampere

Spain
José MAGONE, Berlin School of Economics and Law, Berlin

European discourses in Central and Eastern Europe I

Czech Republic
Laure NEUMAYER, Université Paris-I

Slovakia
Karen HENDERSON, University of Leicester

* Frédéric Krumbein, Geschäftsführer des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Berlin.

Europäische Diskurse in den Gründerstaaten

Hans Vollaard sprach über die Debatten im niederländischen Europawahlkampf. Der niederländische Europawahlkampf zeichne sich durch die Diskussion von Initiativen zu europäischer Rechtsetzung und weniger durch die Debatte um große Visionen eines künftigen Europas aus. Die Wahlen zum Europäischen Parlament in 2009 erhielten mehr Aufmerksamkeit in den Medien als die Wahlen 2004. Die Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament sei trotzdem niedrig gewesen. Die Spitzenkandidaten der niederländischen Parteien seien eher unbekannt und wenig kompetent gewesen und hätten die ‚letzte Garde‘ der Parteien dargestellt. So sei der Kandidat der niederländischen Sozialdemokraten die sechste Wahl gewesen, weil fünf Andere, die zuvor gefragt wurden, nicht Spitzenkandidat werden wollten.

Die Ergebnisse bei den Wahlen 2009 waren wie folgt: Christdemokraten (CDA) 20 Prozent, Sozialdemokraten (PvdA) 12 Prozent, Christliche Partei (CCU/SGP) 6,8 Prozent, Rechtspopulisten (PVV) 17 Prozent, Linksliberale (D66) 11,3 Prozent, Grüne (GL) 8,9 Prozent, Rechtsliberale (VVD) 11,4 Prozent und Sozialisten (SP) 7,1 Prozent. Die Hauptkonfliktlinie („cleavage“) bei den Wahlen sei die Zustimmung beziehungsweise Ablehnung der Globalisierung und Europäisierung und damit einer offenen und/oder geschlossenen Gesellschaft und Wirtschaft gewesen. Der EU-Beitritt der Türkei und die Welle osteuropäischer Arbeitnehmer in den Niederlanden hätten den Wahlkampf dominiert.

In der anschließenden Diskussion betonte Vollaard, dass die Niederländer im allgemeinen pro-europäisch eingestellt seien. Die Wahlkampagnen der Parteien zeichneten sich dennoch durch euroskeptische Tendenzen aus. Die politische Elite sei zwar pro-europäisch eingestellt, aber führe einen Wahlkampf mit euroskeptischen Untertönen, weil sie der Bevölkerung nicht zutraue ihr in ihrer europapolitischen Haltung zu folgen.

European discourses in Central and Eastern Europe II

Latvia

Daunis AUERS, University of Riga

Romania

Ramona COMAN and Cristina STANCULESCU, Université Libre de Bruxelles

Conclusion: What lessons can be drawn from distinctive clusters and diverging experiences?

Joachim SCHILD, University of Trier

Die Wahlen in Luxemburg waren das Thema des Vortrags von *Patrick Dumont*. Er sprach zu Anfang über Luxemburgs traditionelle Rolle innerhalb der Europäischen Union. Luxemburg habe immer eine weitaus wichtigere Rolle in der Europäischen Union gespielt, als es seiner Größe entsprach. So sei ein Luxemburger Mitglied der Europäischen Kommission, habe wie jeder Mitgliedstaat regelmäßig die Präsidentschaft inne und die luxemburgische Bevölkerung sei im Europäischen Parlament mit sechs Abgeordneten überrepräsentiert. Luxemburg sei eine der Hauptstädte Europas und in den 1980er und 1990er Jahren sei ein Luxemburger Präsident der Europäischen Kommission gewesen. Luxemburgische Premierminister regierten oftmals lange und genossen durch Erfahrung, erfolgreiche EU-Präsidentschaften und eine erfolgreiche Vermittlerrolle hohes Ansehen. Während des Wahlkampfes zum Europäischen Parlament hätten euroskeptische Themen dennoch eine Rolle gespielt. So gebe es Ängste des möglichen Verlustes der eigenen Identität. In Luxemburg lebten viele Ausländer und teilweise würden diese als Bedrohung der eigenen Identität wahrgenommen, so durch das Recht der EU-Ausländer bei Kommunalwahlen und den Wahlen zum Europäischen Parlament in Luxemburg wählen zu dürfen. Die Christdemokraten blieben die stärkste Partei bei den Wahlen 2009 und errangen drei Sitze. Jeweils ein Sitz ging an die Sozialdemokraten, die Liberalen und die Grünen.

Vincent Della Sala hielt einen Vortrag über europäische Diskurse in Italien. Die politische

und gesellschaftliche Modernisierung in Italien wurde durch die Europäische Union befördert. Europa werde entsprechend meist sehr positiv betrachtet. Vor allem die italienische Linke vertrete die Meinung, dass Europa Italiens ‚Rettung‘ sei. Die Rechte sei europaskeptischer. Der Diskurs über die positive Rolle Europas habe sich durch den italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi und seine Kampagne gegen die internationale Presse sowie durch eine stärkere Wahrnehmung der Kosten der europäischen Integration durch die italienische Bevölkerung verändert. Negative Effekte der Globalisierung würden auch mit Europa in Verbindung gebracht.

Olivier Rozenberg referierte über die Diskurse der französischen Parteien zu den Europawahlen. Die Prioritäten der UMP im Wahlkampf waren Kampagnen gegen die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union, für eine stärkere Regulierung der Migration und für die Verteidigung der französischen Präferenzen in der Handels-, Agrar- und Industriepolitik. Weitere politische Ziele seien die Entwicklung einer europäischen Industriepolitik und eine stärkere Finanzmarktrekulierung in der Europäischen Union gewesen. Die Sozialistische Partei hätte eine keynesianische Politik für mehr Wirtschaftswachstum in Europa, einen Pakt für sozialen Fortschritt und für Arbeit, eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte, eine Verteidigung der bestehenden öffentlichen Dienste und eine neue und fairere gemeinsame Agrarpolitik gefordert. Die Linksfront (Wahlbündnis aus Kommunisten und einer anderen Linkspartei) habe sich für einen europäischen Mindestlohn, ein Verbot von Staatshilfen für Firmen mit Bonuszahlungen für Manager sowie gegen eine Liberalisierung der öffentlichen Dienste ausgesprochen. Die französische Rechte habe ihre Kampagne auf die Frage des EU-Beitritts der Türkei und das Thema Migration konzentriert. Die französische Linke habe mehr soziale und wirtschaftliche Themen in den Vordergrund gestellt. Die euroskeptischen Parteien hätten bei den Wahlen

relativ schlecht abgeschnitten. Aber der Preis dafür sei eine Integration euroskeptischer Positionen und Debatten in die vorherrschenden politischen Strömungen gewesen. Die Europäische Union werde von den französischen Politikern nach wie vor dennoch als Projektionsfläche für französische Interessen verstanden.

Das Wahlergebnis zu den Europawahlen 2009 brachte einen deutlichen Sieg des konservativen „Mouvement Populaire“ (UMP) des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy: UMP 27,8 Prozent, Sozialisten (PS) 16,5 Prozent, Grüne 16,2 Prozent, Demokratische Bewegung (früher UDF, Zentristen) 8,5 Prozent, Linksfront 6,5 Prozent und Front National (Rechtsextremisten) 6,3 Prozent.

Joachim Schild betonte in seinem Vortrag über die Wahlen zum Europäischen Parlament in Deutschland die zeitliche Nähe der Wahl zu den Bundestagswahlen. Die Europawahlen seien von den Parteien als Test für die Bundestagswahlen angesehen worden. Die Parteien hätten in den Wahlkampf wenig investiert. Die Medienberichterstattung sei spärlich und die Verbindung zwischen europäischen und nationalen Themen eng gewesen. Die Parteien hätten aufgrund der zeitlichen Nähe beider Wahlen gezielt nach gemeinsamen Themen für beide Wahlkampagnen gesucht. Differenzen hätten sich beim sozialen Charakter der Europäischen Union und dem EU-Beitritt der Türkei gezeigt. Die SPD, die Grünen und die Linke hätten einen Wahlkampf für ein „soziales Europa“, die Grünen zusätzlich für einen „Green new deal“ geführt. Die CDU und CSU hätten sich in ihrem Wahlkampf entschieden gegen einen EU-Beitritt der Türkei ausgesprochen. Parteiübergreifende Unterstützung habe es für die Stärkung des Europäischen Parlaments sowie eine gemeinsame europäische Außenpolitik gegeben. Die kleinen Parteien (CSU, FDP, Grüne und Die Linke) hätten sich ebenfalls für nationale Referenden über EU-Themen ausgesprochen. Mit Ausnahme der Linken seien alle Parteien für den Vertrag von Lissabon gewesen. Euro-

skeptizismus sei vor allem in der Linken und der CSU verbreitet. Die Linke sehe die Europäische Union als ein neoliberales und militaristisches Projekt. Die CSU vertrete eine eher taktisch bedingte euroskeptische Haltung. Insgesamt nehme Deutschland aber nach wie vor eine Sonderstellung innerhalb der Europäischen Union ein, da es keine rechte anti-europäische Partei und nur wenige Euroskeptiker gebe. Die Wahlen gewann die CDU/CSU mit 37,9 Prozent der Stimmen. Die anderen Parteien erzielten folgende Resultate: SPD 20,8 Prozent, Grüne 12,1 Prozent, FDP 11 Prozent und Linke 7,5 Prozent.

Europäische Diskurse in den Staaten der nördlichen und südlichen Erweiterungsrunde

Tapio Raunio referierte über Finlands Europawahlkampf. Nordeuropa sei traditionell euroskeptisch. In Finnland hätten bislang aber euroskeptische Parteien gefehlt. Das habe sich mit der Partei „True Finns“ von Timo Soini geändert, die bei den Europawahlen fast zehn Prozent der Stimmen gewonnen habe. In Finnland existiere ein stark personalisiertes Wahlsystem: Auf den Wahlzetteln tauchten die Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge auf und die Wähler wählten einzelne Kandidaten und keine Parteien aus. Der Wahlkampf sei entsprechend stark von den führenden Kandidaten geprägt worden, die in nationalen Fernsehdebatten gegeneinander angetreten seien. Der Wahlkampf habe sich in erster Linie zwischen der Partei „True Finns“ und den etablierten Parteien abgespielt. Die Debatte sei stark von der Sicherung nationaler Interessen auf der EU-Ebene geprägt gewesen. Die Finnen sorgten sich um den Einfluss ihres Landes in der Europäischen Union. Viele linke Wähler sähen die EU-Integration mehr als eine Bedrohung für Finnland denn als eine Chance. Eine positive Auswirkung der Partei „True Finns“ und ihres Wahlkampfes für den finnischen politischen Diskurs hätte darin bestanden, dass die etablierten Parteien ihre pro-europäische Politik verteidigen und rechtfertigen mussten.

José Magone sprach über die in Spanien traditionell weit verbreiteten pro-europäischen Einstellungen. Seit dem Tod Francos 1975 hätte sich die spanische Bevölkerung nach einem ‚normalen‘ Spanien und einem Ende der Isolation des Landes gesehnt. Bereits 1977 stellte Spanien ein Beitrittsgesuch an die Europäische Union und zeichne sich seit der Aufnahme durch eine pro-europäische Haltung aus. So stimmten 76,7 Prozent der Spanier beim Referendum über den Vertrag über eine Verfassung für Europa für die Annahme. Die Europäische Union werde von den politischen Eliten als Garantin der Konsolidierung der Demokratie und der Zukunftsorientierung des Landes betrachtet. Bei den Diskursen zu den Europawahlen 2009 habe sich die Sozialistische Partei (PSOE) durch eine „desinteressierte pro-europäische Position“ (aktive Beteiligung an den Politiken der Europäischen Union ohne eigene Bedingungen) ausgezeichnet. Die Konservative (PP) habe eine „interessierte pro-europäische Position“ (mit aktiver Beteiligung an den EU-Politiken und unter Vertretung nationaler Interessen) vertreten. Eine politische Konfliktlinie sei zwischen einem „sozialen Europa“ (PSOE sowie zwei Wahlbündnisse regionaler Parteien) und einem „wettbewerbsorientierten Europa“ (PP sowie ein Wahlbündnis regionaler Parteien) verlaufen. Die PP hat 42,2 Prozent der Stimmen und die PSOE 38,5 Prozent gewonnen. Insgesamt habe es keine großen Veränderungen im Vergleich zu den vorhergehenden Wahlen gegeben. Die großen Parteien zusammen erreichten meist den gleichen Stimmenanteil, wie die kleinen Regionalparteien. Insgesamt bleibe Spanien ein sehr pro-europäisches Land mit unterschiedlichen Diskursen der linken und rechten Parteien über die wirtschafts- und sozialpolitische Ausgestaltung der europäischen Integration.

Europäische Diskurse in den östlichen und südöstlichen Mitgliedstaaten

Karen Henderson referierte über die pro-europäische und gleichzeitig passive Haltung der Slowaken. So zeichneten sich die slowa-

kischen Bürger einerseits durch einen Negativrekord bei der Wahlbeteiligung zu den Europawahlen aus (2009: 19,6 Prozent, 2004: 16,9 Prozent) und andererseits durch eine hohe Zustimmung zur Europäischen Union (93,7 Prozent votierten für den EU-Beitritt). Es gebe praktisch keine euroskeptischen slowakischen Abgeordneten im Europäischen Parlament. In der Wählerschaft existiere keine Kontroverse über die Zugehörigkeit zur Europäischen Union. Die Slowaken wünschten sich ein positives Image ihres Landes innerhalb Europas und machten sich wenig Gedanken über die Rolle der Slowakei in der Europäischen Union. Das nationale Interesse werde so definiert, dass die Zugehörigkeit zur Europäischen Union für die politische Elite und die Bürger einen zentralen Wert darstelle und hierüber Konsens herrsche. Die Bürger hätten mehr Vertrauen in die Institutionen der Europäischen Union als in ihre eigene Regierung und das nationale politische System. Die Slowaken wünschten sich eine fortgesetzte Erweiterung der Europäischen Union um ihre slawischen Nachbarstaaten Ukraine und die Republiken des ehemaligen Jugoslawiens. Nur die Türkei gehöre nicht zu den Staaten, die viele Slowaken gerne in der Europäischen Union sähen.

Der europäische Diskurs in Lettland reflektiere nach Ansicht von *Daunis Auers* den dominierenden nationalen Diskurs um den ethnischen Konflikt zwischen Letten und den in Lettland lebenden Russen sowie die Identität Lettlands. Die meisten Letten seien für die Unabhängigkeit Lettlands von Russland und die meisten in Lettland lebenden Russen gegen die Unabhängigkeit gewesen. Die Letten würden die Zeit der Sowjetunion als Zeit der Besatzung ansehen. Die Russen sähen hingegen die Sowjets als Befreier vom Faschismus. Dieser Konflikt zwischen beiden Gruppen um die Deutung der Identität und Geschichte Lettlands beeinflusse bis heute sehr stark das Land und die politischen Diskurse.

Die Themen bei den Europawahlen, die sich aus diesem Grundkonflikt speisten, griffen

unter den in Lettland lebenden Russen den Wunsch nach dem Schutz der ethnischen Identität durch die Europäische Union und das Europäische Parlament auf. Viele Russen erwarteten von der Europäischen Union, dass diese ihnen bei der Erlangung der lettischen Staatsbürgerschaft (viele Russen besäßen keine Staatsbürgerschaft) und der Anerkennung des Russischen als zweite offizielle Landessprache helfe. Die Letten betrachteten ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Union als Rückkehr zu ihrem legitimen Platz innerhalb Europas. Insgesamt bestehe zwischen Letten und Russen, allerdings aus verschiedenen Gründen, ein Konsens über die pro-europäische Ausrichtung Lettlands.

Cristina Stanculescu stellte den europäischen Diskurs in Rumänien dar. Einerseits gebe es eine große Unterstützung der Bürger und der Eliten für die Europäische Union und ihre Institutionen, andererseits spielten die Europawahlen in den Medien und unter der Bevölkerung kaum eine Rolle. Die Wahlen zum Europäischen Parlament hätten unmittelbar vor den Präsidentschaftswahlen stattgefunden und die gesamte Aufmerksamkeit sei auf die Wahlen des Präsidenten gerichtet worden. Drei Meinungsbilder beeinflussten das Verhältnis Rumäniens zur Europäischen Union: Erstens, die Europäische Union werde als eine Institution mit unbegrenzten finanziellen Ressourcen angesehen, welche Rumänien finanziell stark unterstützen könne; zweitens, die Europäische Union werde als Katalysator für die Implementierung notwendiger Reformen betrachtet; und drittens sehe Rumänien seine EU-Mitgliedschaft als Rückkehr auf seinen angestammten Platz innerhalb Europas.

Europäische Diskurse verlaufen entlang der Parteizugehörigkeit

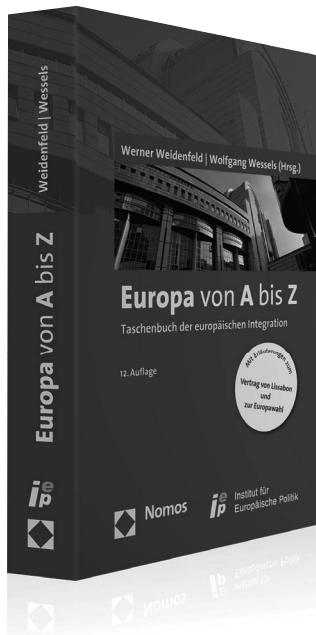
Abschließend fasste *Joachim Schild* einige zentrale Erkenntnisse der Tagung zusammen. So verliefen die politischen Konfliktlinien bei den Diskursen über Europa stärker entlang von Partei- als entlang von Ländergrenzen. Die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei

beeinflusse die Meinung zu Europa mehr als die Nationalität. In einigen Staaten entstünden Räume für euroskeptische Parteien, weil die etablierten Parteien pro-europäischer ausgerichtet seien als die Bevölkerung. Weiterhin lasse sich feststellen, dass europäische Themen in der öffentlichen Meinung in den Mit-

gliedstaaten der vergangenen „EU-15“ deutlich präsenter seien als in den neuen Mitgliedstaaten, die nach 2004 beitrat. Gleichermaßen gelte für die Debatte um ein „soziales Europa“ und um damit verbundene Globalisierungssängste sowie für die Diskussion um einen möglichen Beitritt der Türkei.

»Unentbehrliches Lehr- und Nachschlagewerk«

Background Europe 03.07.2007, zur Vorauflage



Europa von A bis Z

Taschenbuch der europäischen Integration

Herausgegeben von Prof. Dr.

Dr. h.c Werner Weidenfeld und

Prof. Dr. Wolfgang Wessels

12. Auflage 2011, ca. 500 S., brosch., ca. 19,90 €, ISBN 978-3-8329-5640-0

Erscheint ca. Februar 2011

Mit der Ratifizierung des Lissabonner Vertrages steht die Europäische Union vor ihrer bislang größten Veränderung. Europa von A bis Z, das bewährte Taschenbuch der europäischen Integration, hilft, den Überblick zu behalten und erläutert den neuen Vertrag ausführlich.

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder
versandkostenfrei unter ► www.nomos-shop.de

